

Horst Steinert  
BIBS Ratsherr  
im Rat der Stadt Braunschweig  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

0531/ 470-2181  
horst.steinert@bibs-fraktion.de

Braunschweig, den 15. April 08

**Redebeitrag zu TOP 21**  
**4. IGS in Braunschweig**  
**von Horst Steinert**

Sehr geehrter Ratsvorsitzender,  
Sehr geehrte Damen und Herren,  
Sehr geehrte Ratskolleginnen und -Kollegen,

Die Rede der Schulpolitischen Sprecherin der CDU in der Dezemberratssitzung zeigt das Dilemma der Ratsfraktion auf – einerseits das festhalten an einem überholten dreigliedrigen Schulsystem zu wünschen und andererseits dem Elternwillen nach einer 4. IGS stattgeben zu sollen. Wer steht schon gern als Blockierender in den Medien? Also war die Parole: Zeit gewinnen!

Erst letzte Woche rügte die OECD in einer neuen Studie das dreigliedrige Schulsystem in Deutschland. Diesem System bescheinigt die OECD im Vergleich zu den anderen europäischen Staaten eine fehlende Durchlässigkeit und damit auch einen fehlenden sozialen Aufstieg für Schülerinnen und Schüler.

Die Zeichen aus Hannover sind zögerlich und signalisieren vor allem eines: Es besteht von Seiten der CDU/FDP Landtagsfraktion wenig Interesse an einer Aufweitung zu einem neuen und integrativen Schulsystem. Damit tagen sie aktuell die Verantwortung für den Reformstau im Bildungssystem in Niedersachsen und damit auch für die fehlende soziale Durchlässigkeit.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Wie wirken ihre Ratsfraktionen auf die Landtagsfraktionen ein?

Wo bleibt das sichtbar Engagement, dem deutlichen Elternwillen nach einer 4. IGS in Braunschweig Rechnung zu tragen?

Es ist bedauerlich, dass in der Dezemberratssitzung nicht die Weichen dafür gestellt werden konnten, den notwendigen Vorlauf zur Konzeption einer 4. IGS in Braunschweig zu beginnen.

Damals wurden die Anträge der Opposition mit der Begründung abgelehnt, dass erst nach den Landtagswahlen die konkreten Bedingungen zum Fall des IGS Verbotes bekannt würden. Dabei ist der Fall des IGS Verbotes heute genauso klar und unklar, wie im Dezember 2007. Damals wie heute stehen die Zeichen aufgrund des gesellschaftlichen Drucks auf Veränderung. Konkrete

---

Gesetzentwürfe fehlen noch immer! Blockiert wird noch immer von den CDU/FDP Landtagsfraktionen.

Es ist es nach wie vor unverständlich, dass die Oppositionsanträge im Dezember 2007 mit der Bezeichnung – ich zitiere: unseriös und populistisch – zurückgewiesen wurden. Bei der IGS stand auf einmal Qualität über Quantität.

Viel wertvolle Zeit ging verloren! Wir werden den nachfolgenden Anträgen in diesem Thema natürlich zustimmen, damit nach der Gesetzesänderung in Hannover nicht noch mehr Zeit verloren geht. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt ist die Einrichtung einer 4. IGS zum neuen Schuljahr auch bei einer Gesetzesänderung vor den Sommerferien zweifelhaft.

Die Verantwortung dafür tragen CDU und FDP.

Im Land, weil so zögerlich reagiert wird.

In der Stadt, weil ein klares Bekenntnis und damit öffentliches Signal nach Hannover so lange fehlte.

Vielen Dank.